Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 04.04.2008
Dezernat V	Amt Amt 50	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

INFORMATION

I0111/08

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	22.04.2008	nicht öffentlich
Gesundheits- und Sozialausschuss	07.05.2008	öffentlich
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	22.05.2008	öffentlich
Stadtrat	05.06.2008	öffentlich

Thema: "Kooperatives Jobcenter"

Entwurf: das kooperative Jobcenter. Erster Vorschlag zu Eckpunkten.
Stand: 09.02.2008 (von BMAS und BA)

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und die Bundesagentur für Arbeit haben am 9. Februar 2008 einen „ersten Vorschlag“ zu einem „Kooperativen Jobcenter“ (KJC) vorgelegt und darin ihre Vorstellungen zur zukünftigen Zusammenarbeit der Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit bei der Umsetzung des SGB II nach dem Urteil des BVerfG dargestellt. Es stellt ein Angebot dar, dass von den Kommunen auf freiwilliger Basis angenommen werden kann.

Vom Bundesverfassungsgericht sind im Urteil vom 20.12.07 nicht das SGB II, nicht die „Hartz IV-Philosophie“ und nicht die geltenden Trägerschaften und Trägerverantwortlichkeiten der BA und der Kommunen in Frage gestellt worden. Einzig die Form der bisherigen Zusammenarbeit in formalen Arbeitsgemeinschaften und Jobcentern, in die Kompetenzen von Bund (BA) und Kommunen ausgelagert und in einer neuen Struktur organisatorisch zusammengeführt wurden („Mischverwaltung“), ist verfassungswidrig.

Insofern muss bis zum Ende der vom BVerfG eingeräumten Übergangsfrist 2010 eine Neuregelung gefunden werden, die dem bekräftigten Grundsatz des Urteils Rechnung trägt, dass jeder Träger (BA und Kommune) seine Aufgaben in der Grundsicherung nach SGB II „eigenverantwortlich“ wahrzunehmen hat. Welche Alternativen stehen damit zur Debatte?

- die „getrennte Aufgabenwahrnehmung“; sie wird in einigen Städten/Kommunen (neben ARGEN´n und Optionskommunen) so praktiziert und stellt im Grunde – skeptisch formuliert – den Status Quo ante (vor 2005) dar – jeder macht seins. Die getrennte Aufgabenwahrnehmung entspricht allerdings nicht der Ursprungs-philosophie des SGB II und den durchaus vorhandenen positiven Aspekten des „Förderns und Forderns“ (individuelle und komplexe Fallbetrachtung und –behandlung unter Einbeziehung aller Hilfemöglichkeiten vor Ort und Leistung „aus einer Hand“).

- die „zugelassenen kommunalen Träger“ (zkT) oder „Optionskommunen“ nach § 6a SGB II. Die Kommunen übernehmen hier alle Aufgaben der Grundsicherung nach SGB II. Derzeit gibt es 69 zkT, die gemäß § 6a (5) SGB II Experimente und bis Ende 2010 befristet sind. Eine Verlängerung des Modells ist nach Evaluation möglich und wird seitens des BMAS auch erwogen.
- Umsetzung allein durch BA. Dies wäre die Rückkehr zur zentralistischen Perspektive auf die Arbeitsmarktpolitik, Beschäftigungsförderung und Hilfe. Dabei besteht die Gefahr, dass eine angemessene Berücksichtigung der lokalen und kommunalen Bedingungen, Bedarfe und Hilfestrukturen unterbleibt.
- Diskutiert werden noch eine Verfassungsänderung zur Weiterführung der ARGE´n sowie eine Bundesauftragsverwaltung über die Länder (unklare Perspektive, keine Mitsprache der Kommunen).

Der Bund will gegenwärtig allerdings nicht die Trägerdiskussion führen oder fortsetzen, sondern möglichst wenig Gesetzes- oder Verfahrensänderungen. Vor diesem Hintergrund ist nunmehr das „**Kooperative Jobcenter**“ des BMAS und der BA als Ablösung und Weiterentwicklung der ARGE Jobcenter unter Berücksichtigung der Prämissen des BVerfG-Urteils gemäß vorliegendem Entwurf entstanden.

Der Entwurf des BMAS und der BA zum „Kooperativen Jobcenter“ versteht sich als ein „erster“ Vorschlag zu „Eckpunkten“. Der Deutsche Städtetag sieht dieses Papier als ein begrüßenswertes Angebot und will mit dem BMAS in einen Prozess der Aushandlung einer Kooperationsvereinbarung auf Bundesebene eintreten, wobei dieser Prozess als „entscheidungsoffen“ gesehen wird, d. h. ob und wie eine solche Kooperationsvereinbarung geschlossen wird, soll erst am Ende des Verhandlungsprozesses entschieden werden. Überhaupt muss festgehalten werden, dass das „Kooperative Jobcenter“ auf der Basis „freiwilliger Kooperationsverträge“ zustande kommen soll, d. h. die Kommunen haben die Wahl zwischen dem neuen „Kooperativen Jobcenter“ und dem Übergang in die klassische „getrennte Aufgabenwahrnehmung“ nach dem Ende der ARGE´n.

1.

Das KJC stellt, da nach dem Urteil des BVerfG jeder Träger seine Aufgaben in der Grundsicherung „**eigenverantwortlich**“ wahrzunehmen hat, eine **modifizierte Form der „getrennten Aufgabenwahrnehmung“** dar. Es soll vor allem im Interesse des Kunden getragen sein von einer verstärkten Kooperation bzw. Zusammenarbeit der beiden Partner in Gestalt einer kundenorientierten, wirksamen und einfachen Aufgabenerledigung, möglichst „aus einer Hand“, „unter einem Dach“ („Bürogemeinschaft“) usw., ohne dass es zu einer verfassungswidrigen „Mischverwaltung“ wie in der ARGE kommen darf, sondern die jeweils „klare Eigenverantwortung“ der Träger gewahrt bleibt. Unter dem Stichwort „Kooperation“ werden in dem Papier also unterhalb des in den ARGE´n praktizierten Modells Effizienzen in der Erbringung der Dienstleistungen nach SGB II angestrebt, die in freiwilligen Kooperationsvereinbarungen kodifiziert und durch einen Kooperationsausschuss gesteuert werden sollen. Trotz der angestrebten Kooperation beider Partner werden die in der ARGE jetzt verbundenen Verwaltungsstränge der BA und der Kommune entflechtet werden müssen und im KJC Doppelstrukturen entstehen.

2.

Insofern ist es die Frage, ob unter Beachtung der Vorgaben des BVerfG-Urteils ein KJC wirklich eine qualitative **Weiterentwicklung** gegenüber dem Modell der ARGE darstellen kann. Dabei kann vorausgesetzt werden, dass es selbstverständlich auch das Interesse der Kommune ist, mit der BA gemeinsam im Interesse der Kunden und der Ziele des SGB II zu kooperieren. Das in den Eckpunkten angestrebte Ziel ist zu begrüßen: „Die Kunden erhalten weiterhin eine gut abgestimmte Dienstleistung und Betreuung.“ Sofern dies möglich ist, sollten in der Tat **„möglichst einheitliche Anlaufstellen“**, **„eine gemeinsame Antragsannahme“**, eine **„abgestimmte Bescheiderteilung“** (hier ist nicht die Rede von einem Bescheid; dies ist auch nicht möglich) und **„Auszahlung“** und **„abgestimmte Eingliederungsvereinbarungen“** gewährleistet werden. Sofern dies technisch und verwaltungsmäßig regelbar ist, würde dies dennoch aufgrund der zu erwartenden Doppelstrukturen mit ziemlicher Sicherheit einen erhöhten bürokratischen und finanziellen Aufwand bedeuten. Insofern muss konkret geklärt werden, wie im Sinne einer effizienten Kooperation der Aufwand und die Belastung für die Kunden und die SGB II-Träger sinnvoll überwunden oder minimiert werden kann. Grundlegend ist die Frage, wie verbindlich und klar die Kooperationen in einer Vereinbarung unter Berücksichtigung der städtischen Interessen geregelt werden können.

3.

Kooperation, gemeinsame Abstimmungen, partnerschaftliche Zusammenarbeit usw. sind Begriffe des Eckpunkte-Papiers, die erst noch konkretisiert werden müssten. Sofern KJC nur heißen würde, und auch so kann man das Eckpunkte-Papier lesen, dass die Kommune allein ihre Trägerverantwortlichkeit für die Leistungen für Unterkunft und Heizung und die sozialintegrativen Leistungen in das KJC einbringt und ansonsten über die Verwendung des Eingliederungstitels bzw. über die Organisation der Geschäftsprozesse nicht mitbestimmen kann, wäre es nur eine Leistungserbringung der Kommune ohne Einfluss auf wesentliche Bedingungsfaktoren der Ursachen für eine Steigerung oder Verringerung dieser Leistungen.

Der Umfang der Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie der flankierenden Leistungen wird in nicht geringem Maße beeinflusst von den Integrations- und Vermittlungsergebnissen und diese wiederum von der Organisation der Geschäftsprozesse. Insofern reicht es nicht aus zu sagen, das KJC verfügt über **dezentrale Entscheidungsspielräume**, ohne zu sagen, wie diese konkret aussehen und wie diese verbindlich geregelt werden sollen. Es reicht nicht aus, zu sagen, dass es ein **lokales Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm** geben soll, dass die örtlichen Besonderheiten berücksichtigt, sondern es muss geklärt sein, ob und inwieweit die Kommune über die in Trägerschaft der BA liegenden Verantwortlichkeiten bezüglich der Umsetzung des EGT wirklich mitentscheiden kann. Auch reicht es nicht aus, dass ein **Kooperationsausschuss** eingerichtet wird, der die Rolle der bisherigen Trägerversammlung übernimmt. Eine einfache Abstimmung oder Beratung über die jeweiligen Aufgaben innerhalb der jeweiligen Trägerkompetenzen dürfte nicht ausreichend sein. Die Frage lautet: Wer entscheidet bei Konflikten über Ziele und Mittel in der Umsetzung? Gibt es eine Einigungszwang auf lokaler Ebene oder entscheidet letztlich der zuständige Leistungsträger? Entscheidend für ein gelingendes KJC wäre ein Kooperationsausschuss, der einstimmig entscheidet unabhängig von Vorgaben aus Nürnberg.

4.

Dies auch vor dem Hintergrund, dass in den Eckpunkten vorgesehen ist, einerseits dem KJC und seinem Geschäftsführer einen weitgehenden lokalen Handlungs- und Entscheidungsspielraum einzuräumen, andererseits das KJC als eigenverantwortliche Geschäftseinheit innerhalb der örtlichen Agentur für Arbeit zu etablieren. Das, was im Eckpunktepapier als dezentraler Entscheidungsspielraum beschrieben ist, geht jedoch bislang nicht oder nur kaum über die den

ARGE`n durch die Anerkennung der Rahmenvereinbarung von 2005 zwischen Bund, BA und Kommunalen Spitzenverbänden eingeräumten Spielräume hinaus. Hier besteht insbesondere mit Blick auf die Integration des KJC in die nach wie vor zentralistisch organisierte BA noch ein immenser Klärungsbedarf. Die Erfahrung der Vergangenheit hat oft gezeigt, dass selbst Beschlüsse in den Trägerversammlungen von Weisungen der Zentrale in Nürnberg nicht selten ignoriert oder kontakariert wurden. letztlich geht es um den Erhalt des kommunalen Einflusses auf die lokale aktive Arbeitsmarktpolitik und Verbesserung der Kooperation der Leistungsträger bei den Integrationsleistungen für Hilfebedürftige mit besonderem sozialen Stabilisierungsbedarf.

5.

Die angebotene Übernahme und Weiterbeschäftigung der kommunalen Mitarbeiter der ARGE in das KJC der BA ist prinzipiell nur auf freiwilliger Basis möglich. Alle bislang in Erfahrung gebrachten Informationen zeigen aber, dass kaum ein kommunaler Mitarbeiter gewillt ist, freiwillig in die BA zu wechseln (dies scheint ein bundesweiter Trend zu sein). Kommunale Mitarbeiter ohne ihr Einverständnis über dienst-, tarif- oder andere arbeitsrechtliche Mittel in das KJC der BA zu bringen, scheint nach bisherigen Erkenntnissen nicht möglich zu sein (außer kurzfristiger Abordnung oder kurzfristiger Überlassung) und ist als Motivation denkbar ungeeignet.

6.

Die Problematik der anzuwendenden Softwares sowie die Erbringung und Auswertung von Daten im Interesse der Kommune wäre unter den Bedingungen de KJC noch ziemlich ungeklärt und offen. Fraglich ist, ob weiterhin eine gemeinsame Software genutzt werden kann, ob die Entwicklung neuer, den Anforderungen des KJC gerecht werdenden IT-Lösungen in einer angemessenen Zeit möglich ist und wie die Schnittstellenprobleme der Leistungssachbearbeitung zwischen Kommune und Agentur für Arbeit im KJC effizient gelöst werden können. Wie es scheint, deutet die Prämisse der Schaffung klarer Eigenverantwortung im Eckpunktepapier darauf hin, das die Kommune entweder die Anwendungen der BA übernimmt oder ihre eigene (OpenProsoz) nutzt – beides wäre gegenüber jetzt mit erheblichen Kosten verbunden.

Fazit:

Das Eckpunktepapier zum KJC ist in der Tat nur ein „erster Vorschlag“. Zu viele Fragen sind offen und müssen konkretisiert werden. Es muss jedoch darauf ankommen, dass die lokalen und kommunalen Interessen, Verantwortlichkeiten und Potentiale nicht unter dem Dach des „Kooperativen Jobcenters“ als eines Geschäftsbereichs der örtlichen Agentur für Arbeit („getrennte Aufgabenwahrnehmung unter Leitung der BA“) verschwinden, während gleichzeitig die Kommune die politische und kommunale Mithaftung für eine von ihr nicht mitbestimmbare Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik sowie Geschäftsorganisation übernehmen müsste. Ziel einer zukünftigen Kooperation zwischen BA und Kommune muss eine kundenorientierte und effiziente Ausgestaltung der Leistungserbringung sowie der Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigungsförderung vor Ort sein, die von einer gleichrangigen Verantwortung der Partner ausgeht und den Interessen beider Leistungsträger gerecht wird.